

# Energiewende konkret

## Vorlage zur Pressekonferenz auf der Herbstklausur 2011 in Amberg

Die tragischen Ereignisse in Fukushima haben die energiepolitische Debatte in Deutschland grundlegend verändert. Noch Ende 2010 hatten Union und FDP den rot-grünen Ausstiegskonsens rückgängig gemacht und die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke verlängert. Nach Fukushima reden plötzlich Vertreter aller politischen Schattierungen von der „Energiewende“. Doch scheint es so, dass lediglich der Begriff übernommen wird, ohne die Radikalität der notwendigen Energiewende zu be- greifen.

Die Energiewende ist nicht weniger als ein vollständiger Wechsel unserer bisherigen Energieversorgungssysteme. Um dem Klimawandel zu begegnen und die Gefahren der Atomwirtschaft einzudämmen, ist es das Ziel der Energiewende, das nukleare und fossile Zeitalter zu beenden.

In Deutschland geht es dabei nicht nur um die Aufgabe, 17 % Atomstromproduktion zu ersetzen (in Bayern sogar 50 Prozent, Zahlen aktuell nach der Stilllegung der acht unsichersten Atomkraftwerke), sondern auch darum, 60 % fossilen Strom zu substituieren. Es gilt, innerhalb einer Generation, die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 % zu reduzieren. Und damit ist nicht nur die Energieversorgung betroffen: Auch das Transportsystem und die Landwirtschaft müssen eine große Veränderung vollziehen.

### Jetzt kommt es auf die Umsetzung an

Angesichts der anstehenden Herausforderungen und Umwälzungen ist das von der Bayerischen Staatsregierung vorgelegte Programm „Energie innovativ“ wenig ambitioniert. Zweifellos haben die Rücknahme der Laufzeitverlängerung und die Proklamation der Energiewende einen neuen Investitionsschub im Bereich der erneuerbaren Energien ausgelöst. Gleichwohl ist noch längst nicht klar, wo die energiepolitische Reise dieser Staatsregierung hingehen soll. Das Programm „Energie innovativ“ übernimmt an vielen Stellen grüne Zielformulierungen. Doch die konkrete Umsetzung ist bisher nur wenig sichtbar. Es fehlt an konkreten Maßnahmen und Instrumentarien.

Bayern braucht deshalb endlich eine konsequente Energiewende – die aktuellsten Baustellen sind aus Sicht der grünen Landtagsfraktion:

#### 1. Energieagentur

Motor der Energiewende in Bayern soll nach den Plänen der Staatsregierung die Energieagentur werden. Doch dafür muss die Energieagentur einen klaren Auftrag bekommen. Die Energieagentur muss ein Beratungs- und Innovationszentrum werden, mit einer klaren Priorität für dezentrale Energieversorgungsstrukturen. Sie muss primär eine Servicefunktion für Bürgerinnen und Bürger, für Energiegenossenschaften, für Kommunen und ihren Werke und für kleine und mittlere Unternehmen erfüllen. Um die Energiewende dort zu begleiten, wo sie stattfindet, fordern wir regionale dezentrale Energieagenturen in den einzelnen Regionen Bayerns.

## 2. Gaskraftwerke

Erdgas wird zweifellos die Funktion einer Brückentechnologie auf dem Weg zu einer Stromerzeugung auf Basis der erneuerbaren Energien haben. Der von der Staatsregierung angestrebte Zubau von 4000 MW Erdgaskraftwerken ist nicht seriös begründet und käme fast einem vollständigen Ersatz der noch laufenden Atomkraftwerkskapazitäten gleich. Zum weiteren Ausbau der Erdgaskraftwerke hat die Staatsregierung zügig folgende Fragen zu klären:

- Welche Leistung an Erdgaskraftwerken muss nach technischen Erfordernissen und kann nach ökonomischen Erfordernissen in den kommenden zehn Jahren zugebaut werden?
- Wie kann ein Maximum an Kraft-Wärme-Kopplung erreicht werden?
- Sind gegebenenfalls Anreize zum Bau dieser Kraftwerke nötig und welche sind dafür optimal geeignet?
- Wie können die zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen des Gaskraftwerkszubaues an anderer Stelle ausgeglichen werden?

## 3. Energiewende „von unten“

Die Energiewende ist in erster Linie dezentral. Sie wird von „unten“ gestaltet: durch Investitionen von Privatpersonen, durch Bürgergemeinschaftsanlagen, durch Kommunen und deren Stadtwerke. Bürgerbeteiligung ist für uns Grüne mehr als nur die Frage: Wann darf wer welche Einwendungen gegen Planungen erheben? Wir wollen eine tatsächliche Beteiligung der Menschen an den Energieprojekten der Zukunft möglich machen, direkt z.B. durch Bürgerbeteiligungsmodelle, durch Energiegenossenschaften oder indirekt durch die Kommunen und kommunale Unternehmen. Wir wollen nicht, dass Finanzinvestoren über das Land streifen und optimale Standorte für sich vereinnahmen ohne die Menschen und Kommunen zu beteiligen. Unser Ziel ist es, mit der Energiewende die Wertschöpfung in der Region zu steigern und damit die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

## 4. Stromspeicherung

Rein aus technischer Sicht ist nicht der Aufbau weiterer Stromerzeugungskapazitäten die technische Herausforderung, sondern die Integration dieser Kapazitäten in ein neu zu gestaltendes Stromnetz und die Anpassung des Energieversorgungssystems an Anlagen, die aufgrund natürlicher Schwankungen nur zeitweise Strom erzeugen, z.B. Sonnen- und Windenergie.

Zentrale Aufgabenfelder im technischen Bereich sind daher:

- Die Weiterentwicklung von Technologien zur Speicherung von Strom Während die Kurzzeitspeicherung für wenige Stunden über Pumpspeicherkraftwerke und Batterien relativ weit entwickelt ist und hohe Wirkungsgrade aufweist, ist die kostengünstige und effiziente Langzeitspeicherung noch weitgehend ungelöst. Es ist höchste Zeit, dass die Staatsregierung hier endlich gestaltend tätig wird und nicht nur bürokratisch vorgelegte Planungen prüft. Forschungsanstrengungen sind zügig zu intensivieren und dezentrale Speichermöglichkeiten zu entwickeln.

Die Stromspeicherung durch Methanisierung ist eine wichtige Zukunftsoption. Deren Erforschung und Anwendung sollte von der Staatsregierung unterstützt werden. Sie wird aber den Zubau von konventionellen Speichermöglichkeiten in Form von Pumpspeichern nicht überflüssig machen. Daher bleibt auch unsere Forderung nach einer Speicherkataster und einer entsprechenden Landesplanung dringlich bestehen.

- Der Ausbau von intelligenten Verteilnetzen/smart grids  
Das bisherige Stromnetz war auf ein System von zentralen Versorgungsanlagen ausgerichtet, von dem aus in zunehmenden Verästelungen der Strom zu den verschiedenen Verbrauchsorten transportiert wird. Zukünftig wird es eine Vielzahl von Stromerzeugungsorten geben und diese Stromerzeugung wird nicht zu jeder Zeit verfügbar sein. Zusätzlich soll sich der Stromverbrauch am aktuellen Stromangebot orientieren (Lastmanagement). Das erfordert einen grundlegenden Umbau des Stromnetzes.

#### 5. Energieeffizienz/Stromeinsparung

Das Thema Energieeffizienz ist ein Trauerspiel in vielen Kapiteln: Auf Bundesebene wird die dürftige Effizienzrichtlinie der EU unterminiert, Bundesrat und Bundestag können sich nicht auf eine Erhöhung der Mittel für die Gebäudesanierung verständigen, im Programm „Energie innovativ“ der Staatsregierung spielt es eine Statistenrolle. Energieeffizienz muss zentrales Handlungsfeld einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird in absehbarer Zeit an seine Grenzen kommen. Der Bedarf an Gaskraftwerken und Speichermöglichkeiten sinkt deutlich, wenn wir unsere Energie effizienter nutzen. Die Staatsregierung ist gefordert alle Bemühungen zur Steigerung der Energieeffizienz auf Bundes- und EU-Ebene zu unterstützen und für den Freistaat einen Masterplan Energieeffizienz zu entwickeln.

#### 5. Windenergie

Die bisher nur teilweise bekannt gewordenen geplanten „Beschleunigungen“ bei der Genehmigung von Windkraftanlagen sind weitgehend sinnvoll, aber nicht die wichtigsten Baustellen, um die administrativen Blockaden zu überwinden. Wesentlich wird weiter die Frage sein, wie zügig im Landesentwicklungsprogramm und in den Regionalplänen die Windenergie betreffende Passagen geändert werden. Auch die militärischen Beschränkungen durch Radaranlagen, Tieffluggebiete und Flugkorridore stellen sich zunehmen als Hinderungsgrund für die Planung und den Bau von Windrädern dar. Hier ist die Staatsregierung gefordert auf Bundesebene eine zügige Überprüfung und Reduzierung der bestehenden Sperrgebiete durchzusetzen.

#### 7. Bayerisches Klimaprogramm

Zum Ende dieses Jahres soll das Bayerische Klimaprogramm – seinerzeit von Stoiber von der Zugspitze stolz verkündet - stillschweigend auslaufen. Dies ist angesichts des sich beschleunigenden Klimawandel unverantwortlich. Wir fordern die Staatsregierung auf, das alte Programm einer ehrlichen Auswertung zu unterziehen und ein neues Klimaschutzprogramm aufzulegen.